Brief an die bayerische Staatsregierung gegen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf

Entstehungszeitraum: 1988
Entstehungsort: Salzburg
Objektart: Papierrolle
Autor: unbekannt
Artikel-Autor: Thomas Weidenholzer
Material: Papierrolle auf Holzgestell
Größe: 110 cmx100 cmx105 cm
Standort/Signatur: Stadtarchiv Salzburg, ohne Inventarnummer
Physisch benutzbar: nein
Literatur:

Salzburg gegen die WAA. Die Aktivitäten der Stadt Salzburg und ihrer Bewohner gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im bayrischen Wackersdorf. Eine Dokumentation, Salzburg 1986.
Bernhard Fischer, Auswirkungen der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf auf die Stadt Salzburg und ihre Bürger. Gutachten im Auftrag der Landeshauptstadt Salzburg (Werkstattreihe, Öko-Institut 39), Darmstadt 1987.
Peter F. Kramml, Sabine Veits-Falk u. Thomas Weidenholzer, Stadt Salzburg.

Geschichte in Bildern und Dokumenten (Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 16), Salzburg 2002.

1988 brachten die „Überparteiliche Plattform gegen die WAA Wackersdorf“ und Vertreter/innen aller politischen Fraktionen fast 100.000 Einwendungen gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) beim bayerischen Umweltministerium ein. Die Annahme des von 55.000 Salzburgern und Salzburgerinnen unterschriebenen, beinahe vier Kilometer langen, Protestbriefs wurde jedoch von den bayerischen Behörden verweigert. Dieser wird seitdem im Stadtarchiv Salzburg verwahrt.

Am 5. November 1978 stimmten bei der ersten bundesweiten Volksabstimmung 50,57 Prozent der Österreicher/innen gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf. In der Stadt Salzburg entschieden sich 60,1 Prozent gegen die Nutzung der Kernenergie.

Am 26. April 1986 kam es in Tschernobyl zum Super-Gau. An den Spätfolgen der Katastrophe werden in der Ukraine Tausende sterben. Das Unglück hatte auch gravierende Auswirkungen auf Salzburg. Die Freibäder blieben gesperrt, Sportveranstaltungen wurden kurzfristig absagt. Der Verkauf von Gemüse und Milch ab Hof war ebenso untersagt wie Straßenkehren und Rasenmähen.

Im Juni 1986 beteiligten sich zahlreiche Salzburger/innen an einer Großdemonstration gegen den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf (Landkreis Schwandorf). Weitere Proteste folgten. Die Grenzen nach Freilassing wurden von WAA-Gegnern zeitweilig blockiert. Das bayerische Innenministerium verbot daraufhin österreichischen Atomgegner/innen die Einreise nach Bayern. Das Salzburger Stadtratskollegium und die „Mütter für eine atomfreie Zukunft“ klagten die WAA Wackersdorf. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hob im Frühjahr 1987 die erste atomrechtliche Teilgenehmigung für die WAA Wackersdorf auf. 1988 brachten die „Überparteiliche Plattform gegen die WAA Wackersdorf“ und Vertreter/innen aller politischen Fraktionen fast 100.000 Einwendungen gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage beim bayerischen Umweltministerium ein. Die Annahme des von 55.000 Salzburgern und Salzburgerinnen unterschriebenen, beinahe vier Kilometer langen, Protestbriefs wurde jedoch von den bayerischen Behörden verweigert. Dieser wird seitdem im Stadtarchiv Salzburg verwahrt.

Noch vor Abschluss der Verfahren gegen Wackersdorf kündigte der deutsche Konzern VEBA AG aus finanziellen Gründen das Ende für die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf an (1989).